

Anfragen: Septembersession 2015

Dir. Nr.	Grossrätin/Grossrat	Titel	Seite
Polizei- und Militärdirektion POM			
8	Geissbühler-Strupler Sabina, Herrenschwanden (SVP)	Rechtsfreie Räume dürfen nicht geduldet werden	3
10	Bauen Antonio, Münsingen (Grüne)	Vorbildfunktion des Kantons in der Solidarität mit den Flüchtlingen und den Helfenden?	4
15	Gnägi Jan, Jens (BDP) Blank Andreas, Aarberg (SVP)	Nichtbewilligung Kundgebung in Walperswil – Warum bleibt diese unbegründet?	5
19	Schindler Meret, Bern (SP)	DNS-Entnahme seit März 2015	6
20	Beutler Daniel, Gwatt (EDU)	IS-Kämpfer finden via Flüchtlingsströme den Weg nach Europa	7
23	Linder Anna Magdalena, Bern (Grüne)	Private Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen	8
24	Imboden Natalie, Bern (Grüne)	Private Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen	9
Finanzdirektion FIN			
1	Hirschi Irma, Moutier (PSA)	Steuerverwaltung unter Verdacht – Aufklärung aller Fragen	10
Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion BVE			
3	Luginbühl-Bachmann Anita, Krattigen (BDP)	Aktueller Stand Frauenanstalt Hindelbank	11
4	Grimm Christoph, Burgdorf (glp)	Kosten für unbewirtschaftete kantonseigene Parkplätze?	12
5	Etter Jakob, Treiten (BDP)	Tram Region Bern	13
7	Lüthi Andrea, Burgdorf (SP) Aeschlimann Martin, Burgdorf (EVP) Grimm Christoph, Burgdorf (glp)	Demokratieverständnis beim Projekt Verkehrssanierung Burgdorf–Oberburg–Hasle	14
9	Bauen Antonio, Münsingen (Grüne)	Vorwärts mit dem Solarkataster!	15
17	Krähenbühl Samuel, Unterlangenegg (SVP)	Heizung der Psychiatrischen Dienste Biel-Seeland-Berner Jura in Bellelay	16
21	Bauen Antonio, Münsingen (Grüne) Vanoni Bruno, Zollikofen (Grüne) Amstutz Pierre, Corgémont (Grüne)	Höchst zweifelhafte Erdbebensicherheit des AKW Mühleberg	17
22	Bauen Antonio, Münsingen (Grüne) Vanoni Bruno, Zollikofen (Grüne) Amstutz Pierre, Corgémont (Grüne)	Zweifelhafte Überflutungssicherheit im Sicherheitssystem des AKW Mühleberg	18



Staatskanzlei STA (Juradelegation JDR)

6	Bühler Manfred, Cortébert (SVP)	Das IDHEAP als Gutachter für die Abstimmung in Moutier?	19
16	Müller Mathias, Orvin (SVP)	Das Forum für die Zweisprachigkeit attackiert ein zweisprachiges Grossratsmitglied	20

Erziehungsdirektion ERZ

11	Geissbühler-Strupler Sabina, Herrenschwanden (SVP)	Kleinkinder werden durch «Standortbestimmungen» bereits stigmatisiert	21
12	Geissbühler-Strupler Sabina, Herrenschwanden (SVP)	Fachhochschule Burgdorf wohin?	22
14	Hirschi Irma, Moutier (PSA)	Mangelnde Zurückhaltung eines Dozenten der Hochschule Arc	23
18	Bichsel Daniel, Zollikofen (SVP)	Ombudsstelle für Schulleitungen an Volksschulen – kantonale Angelegenheit?	24

Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion JGK

2	Hirschi Irma, Moutier (PSA)	Ist Christoph Neuhaus neuerdings ein Sozialdemokrat?	25
13	Machado Rebmann Simone, Bern (GPB-DA)	Trickst die Stadt Bern HRM2 aus?	26

Anfragen Septembersession 2015

Anfrage 8

Urheberin/Urheber: **Geissbühler-Strupler Sabina,
Herrenschwanden (SVP)**

Beantwortet durch: **POM**

Rechtsfreie Räume dürfen nicht geduldet werden

Im Club «Gleiswerk» in Thun hat sich nach Aussagen verschiedener Bürgerinnen und Bürger ausser einem Namenswechsel nicht viel geändert.

Fragen:

1. Werden dort regelmässig Drogen gehandelt und konsumiert?
2. Gehen auch Minderjährige im Club ein und aus?
3. Braucht es tatsächlich eine Bewilligung der Staatsanwaltschaft, um im privaten Clubraum und Eingangsbereich polizeiliche Kontrollen durchzuführen?

Anfragen Septembersession 2015

Anfrage 10

Urheberin/Urheber: **Bauen Antonio, Münsingen (Grüne)** Beantwortet durch: **POM**

Vorbildfunktion des Kantons in der Solidarität mit den Flüchtlingen und den Helfenden?

Angesichts der grossen Flüchtlingsströme hat die Glückskette eine Hilfs- und Spendenaktion lanciert.

Fragen:

1. Erachtet der Regierungsrat es angesichts des grossen Elends und vor dem Hintergrund des guten Rechnungsabschlusses als angebracht, dieser oder einer anderen Hilfsaktion im Namen des Kantons Bern eine namhafte Spende zukommen zu lassen?
2. Wenn ja, an wen und in welcher Höhe wurde diese Spende getätigt?

Anfragen Septembersession 2015**Anfrage 15**

Urheberin/Urheber: **Gnägi Jan, Jens (BDP)**
Blank Andreas, Aarberg (SVP)

Beantwortet durch: **POM**

Nichtbewilligung Kundgebung in Walperswil – Warum bleibt diese unbegründet?

Am 8.7.2015 hat die IG Velowäg als überparteiliches Komitee in Walperswil bei der Kantonspolizei Bern ein schriftliches Gesuch um Sperrung der Kantonsstrasse für eine Kundgebung am Sonntag, 30.8.2015, eingereicht. Mit E-Mail vom 14.7.2015 teilte die Kantonspolizei der IG-Velowäg mit, dass das Gesuch abgelehnt wurde. Eine Begründung wurde nicht genannt. Trotz schriftlicher Nachfrage erhielt die IG-Velowäg bis heute keine Begründung, weshalb die Kundgebung auf der Strasse nicht bewilligt wurde.

Eine Kundgebung durchführen zu können, ist ein hohes Gut in einer demokratischen Gesellschaft, deshalb sollte die Nichtbewilligung eines solchen Anlasses zumindest schlüssig begründet werden.

Fragen:

1. Wie wird die Ablehnung des Gesuchs der IG Velowäg begründet?
2. Warum erfolgte bis heute – trotz Nachfrage – keine schriftliche Begründung an das überparteiliche Komitee?

Anfragen Septembersession 2015**Anfrage 19**Urheberin/Urheber: **Schindler Meret, Bern (SP)**Beantwortet durch: **POM****DNS-Entnahme seit März 2015**

Die Entnahme von DNS ist ein starker Eingriff in die Grundrechte einer Person. Noch extremer ist der Eingriff bei der Erstellung von DNS-Profilen und deren Speicherung in der nationalen Datenbank der Polizei.

Der Umgang der Polizei und der Staatsanwaltschaft mit DNS-Entnahmen im Vorjahr ist nach dem Obergerichtsentscheid im März 2015 nun zum zweiten Mal auch durch das Bundesgericht gerügt worden. Das Bundesgericht schreibt im August 2015, dass die Entnahme der DNS «durch das öffentliche Interesse gerechtfertigt und verhältnismässig» sein muss. Weiter schreibt das Bundesgericht, dass die Entnahme und Speicherung der DNS-Proben nicht routinemässig erfolgen darf. Es stellt sich nun die Frage, ob die Kantonspolizei aus den Entscheiden des Bundesgerichts eine Lehre gezogen und ihre Praxis geändert hat.

Fragen:

1. Hat sich die Handhabung der DNS-Entnahmen seit dem Obergerichtsurteil vom 9. März 2015 und dem Bundesgerichtsurteil vom Dezember 2014 verändert?
2. Welche Massnahmen wurden ergriffen, um sicherzustellen, dass bei künftigen DNS-Entnahmen die vom Bundesgericht geforderte Verhältnismässigkeit eingehalten wird?
3. Wie wird bei der Entnahme von DNS und deren Speicherung im Kanton Bern der Unschuldsvermutung Rechnung getragen?

Anfragen Septembersession 2015**Anfrage 20**Urheberin/Urheber: **Beutler Daniel, Gwatt (EDU)**Beantwortet durch: **POM****IS-Kämpfer finden via Flüchtlingsströme den Weg nach Europa**

Es existieren ernstzunehmende Hinweise darauf, dass islamistische Kämpfer des IS via Flüchtlingsströme den Weg nach Europa finden. Dies wird u. a. durch Pässe, ausgestellt in korrupten Drittstaaten (z.B. Bulgarien), ermöglicht. Man geht davon aus, dass sich bereits Dutzende solcher Kämpfer in europäischen Staaten (z. B. Deutschland und Österreich) befinden, und es ist zu befürchten, dass früher oder später auch die Schweiz betroffen sein wird.

Fragen:

1. Was ist der Informationsstand des Regierungsrates betreffend solche Vorgänge?
2. Wie sieht betreffend Überwachung von Verdächtigen die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kanton aus?

Anfragen Septembersession 2015

Anfrage 23

Urheberin/Urheber: **Linder Anna Magdalena,
Bern (Grüne)**

Beantwortet durch: **POM**

Private Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen

Fragen:

1. Ist die Unterbringung von Asylsuchenden mit Ausweis N im Kanton Bern möglich?
2. Wie viele Asylsuchende mit Ausweis N sind im Kanton Bern bei Privaten untergebracht?

Anfragen Septembersession 2015

Anfrage 24

Urheberin/Urheber: **Imboden Natalie, Bern (Grüne)**

Beantwortet durch: **POM**

Private Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen

Fragen:

1. Gibt es eine Regelung, welche Flüchtlinge mit welchem Aufenthaltsstatus bei Privaten untergebracht werden können?
2. Wer erlässt die Richtlinien für die Unterbringung bei Privaten?

Anfragen Septembersession 2015

Anfrage 1

Urheberin/Urheber: **Hirschi Irma, Moutier (PSA)**

Beantwortet durch: **FIN**

Steuerverwaltung unter Verdacht – Aufklärung aller Fragen

Nachdem in den Medien und in politischen Kreisen Fragen im Zusammenhang mit der Führung der Steuerverwaltung des Kantons Bern aufgeworfen worden sind, hat die Finanzdirektion beschlossen, einen unabhängigen Experten mit der Abklärung der Vorwürfe und Fragen zu beauftragen.

Die erhobenen Vorwürfe betreffen in erster Linie eine unzulässige Nähe zwischen der Steuerverwaltung und Unternehmen sowie die Tatsache, dass Mitarbeitende der Steuerverwaltung bei einem beruflichen Wechsel zu Steuerberatungsfirmen wechseln und umgekehrt. Es gibt aber auch noch andere Fragen, namentlich im französischsprachigen Kantonsteil, und zwar im Zusammenhang mit regionalen und lokalen Politikern, die Steuerrückstände von mehreren hunderttausend Franken haben.

Die Bevölkerung könnte sich – sicherlich zu Unrecht – vorstellen, dass diese Politikerinnen und Politiker, meistens aus derselben Partei, aufgrund ihrer politischen Zugehörigkeit und ihres Aktivismus geschützt und von der Kantonsverwaltung mit Milde behandelt werden. Im untersuchten Fall geht es um gemeinsame Essen zwischen Steuerbeamten und Vertretern gewisser Unternehmen. Fragen stellen sich auch, wenn man sieht, wie Steuerschuldner jeden Morgen in öffentlichen Einrichtungen mit Betreibungsbeamten, die für das Inkasso zuständig sind, gemeinsam Kaffee trinken.

Die Finanzverwaltung des Kantons Bern hat zu Recht die Wichtigkeit betont, dass die Steuerverwaltung die heute anerkannten Grundsätze guter Corporate Governance im Verkehr zwischen Bevölkerung bzw. Wirtschaft und den Steuerbehörden konsequent umsetzt und sich diesbezüglich vorbildlich verhält.

Fragen:

1. Sind dem Regierungsrat wie beim Fall, der untersucht wird, die Fragen der Bevölkerung bezüglich einer angeblichen Form steuerlicher Immunität für gewisse Politikerinnen und Politiker bekannt?
2. Wird die Finanzdirektion diese Untersuchung zum Anlass nehmen, um – unter Einhaltung des Steuergeheimnisses – jegliche Zweifel im Zusammenhang mit der Situation von Politikerinnen und Politikern mit Steuerschulden aus dem Weg zu räumen?

Anfragen Septembersession 2015**Anfrage 3**

Urheberin/Urheber: **Luginbühl-Bachmann Anita,
Krattigen (BDP)**

Beantwortet durch: **BVE**

Aktueller Stand Frauenanstalt Hindelbank

Nachdem der Neubau der Frauenanstalt Hindelbank auf dem Areal der Strafanstalt Witzwil aus diversen Gründen nicht in Frage gekommen ist, wurde das Geschäft von der Regierung sistiert. Der Bericht des Regierungsrates hat aber damals auf diverse gravierende Mängel (sicherheitstechnisch wie auch andere) beim Gebäude in Hindelbank hingewiesen. Eine weitere Variante im Bericht sah die Sanierung der Frauenanstalt Hindelbank vor.

Fragen:

1. Was ist der genaue Stand der Behebung dieser oben erwähnten Mängel?
2. Was passiert nun mit dem Standort resp. mit der Frauenstrafanstalt Hindelbank?
3. Wurden seitens der Regierung weitere Schritte abgeklärt?

Anfragen Septembersession 2015**Anfrage 4**Urheberin/Urheber: **Grimm Christoph, Burgdorf (glp)**Beantwortet durch: **BVE****Kosten für unbewirtschaftete kantonseigene Parkplätze?**

Es kann festgestellt werden, dass es im Kanton Bern immer noch kantonseigene Parkplätze gibt, die verschiedenen Benutzerinnen und Benutzern ohne Gebühren zur Verfügung gestellt werden. Der Kanton trägt in diesen Fällen den Aufwand – die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler berappen dies. Diese Tatsache widerspricht der Kostenwahrheit in der Mobilität und muss unbedingt so rasch als möglich angepasst werden.

Fragen:

1. Welche ungedeckten Kosten für den Unterhalt von nicht bewirtschafteten Parkplätzen entstehen somit dem Kanton Bern?
2. Welche Parkplätze werden wo, warum nicht bewirtschaftet?
3. Wann wird eine flächendeckende Parkplatzbewirtschaftung eingeführt?

Anfragen Septembersession 2015**Anfrage 5**Urheberin/Urheber: **Etter Jakob, Treiten (BDP)**Beantwortet durch: **BVE****Tram Region Bern**

Bekanntlich ist das Tram Region Bern abgelehnt worden. Die reservierten Beträge im Investitionsspitzenfonds sind anderweitig vorgesehen. Der Bund hatte das Projekt in das Agglomerationsprogramm der dritten Generation aufgenommen.

Fragen:

1. Figuriert das Projekt Tram Bern noch im Agglomerationsprogramm des Bundes oder wurde dort eine Löschung beantragt?
2. Von Seiten der Stadt Bern und von anderen Kreisen der Befürworter ist zu vernehmen, dass ein Nachfolgeprojekt ausgearbeitet werden soll. Ist der Kanton Bern in diese Gespräche involviert? Wenn ja, wie?
3. Sind Ideen oder Vorstellungen vorhanden, wie die Transportkapazitäten im Raum Köniz–Ostermundigen in die Stadt Bern und zurück in Zukunft erweitert werden können?

Anfragen Septembersession 2015**Anfrage 7**

Urheberin/Urheber: **Lüthi Andrea, Burgdorf (SP)** Beantwortet durch: **BVE**
Aeschlimann Martin, Burgdorf (EVP)
Grimm Christoph, Burgdorf (glp)

Demokratieverständnis beim Projekt Verkehrssanierung Burgdorf–Oberburg–Hasle

Mitte Oktober soll die Mitwirkung für die Verkehrssanierung Burgdorf–Oberburg–Hasle beginnen. Anscheinend werden neben den Hauptvarianten «Umfahrung» und «Null+» auch Mischformen präsentiert. Das Mitwirkungsverfahren dauert jedoch nur einen Monat. Diese Frist ist für Parteien, Verbände und Gemeinden sehr kurz, wenn die verschiedenen Varianten seriös geprüft und die Meinungsbildung innerhalb der zuständigen Gremien partizipativ erfolgen soll. Die Mitwirkungsteilnehmerinnen und -teilnehmer werden überrumpelt und sind unter Umständen überfordert. Es stellt sich die Frage, ob dieses Vorgehen absichtlich gewählt worden ist, um zu erwartende Widerstände von vornherein zu verunmöglichen.

Fragen:

1. Stimmen die oben ausgeführten Sachverhalte?
2. Wenn ja, wie wird die kurze Mitwirkungsfrist bei diesem relevanten und komplexen Geschäft begründet?
3. Wie stellt sich der Regierungsrat zu unserem Vorwurf, dass mit dem geplanten Vorgehen eine echte demokratische Mitwirkung verunmöglicht wird?

Anfragen Septembersession 2015**Anfrage 9**

Urheberin/Urheber: **Bauen Antonio, Münsingen (Grüne)** Beantwortet durch: **BVE**

Vorwärts mit dem Solarkataster!

Einige Gemeinden im Kanton Bern haben bereits einen eigenen Solarkataster. Andere sind daran, einen Solarkataster erstellen zu lassen. Gleichzeitig ist das Bundesamt für Energie daran, einen flächendeckenden Solarkataster zu erstellen.

Fragen:

1. Wann steht der Solarkataster für alle Gemeinden im Kanton Bern und der Öffentlichkeit kostenlos zur Verfügung?
2. Werden im Solarkataster die bestehenden Solaranlagen, unterschieden nach thermischen und Photovoltaikanlagen, erfasst und dargestellt?
3. Kann eine Gemeinde über den Solarkataster ihr Potenzial für die Sonnenenergienutzung auf einfache Weise für ein Teilgebiet oder das gesamte Gemeindegebiet ermitteln?

Anfragen Septembersession 2015**Anfrage 17**

Urheberin/Urheber: **Krähenbühl Samuel,
Unterlangenegg (SVP)**

Beantwortet durch: **BVE**

Heizung der Psychiatrischen Dienste Biel-Seeland-Berner Jura in Bellelay

Die Psychiatrischen Dienste Biel-Seeland-Berner Jura (PDBBJ) sollen wie die anderen Psychiatrischen Dienste privatisiert werden. Der Standort der PDBBJ ist im ehemaligen Kloster von Bellelay. Momentan wird das denkmalgeschützte Objekt mit Erdöl geheizt. Hierfür werden jährlich über 300 000 Liter fossiles Heizöl verbrannt. Dies, obschon der Kanton Bern Besitzer von rund 200 ha Wald in der nahen Umgebung ist und deshalb selber genügend vom nachwachsenden Rohstoff Holz hätte, um die Anlage umweltfreundlich und nachhaltig zu heizen.

Fragen:

1. Warum hat der Kanton die Heizung der PDBBJ noch nicht auf die nachhaltige, regional verfügbare Holzenergie umgestellt?
2. Stellt der Kanton im Rahmen der Privatisierung der Klinik Bellelay die notwendigen Mittel zur Verfügung, um in Bälde auf eine nachhaltige Holzschnitzelheizung anstelle der fossilen Ölheizung umzustellen?

Anfragen Septembersession 2015**Anfrage 21**

Urheberin/Urheber: **Bauen Antonio, Münsingen (Grüne)** Beantwortet durch: **BVE**
Vanoni Bruno, Zollikofen (Grüne)
Amstutz Pierre, Corgémont (Grüne)

Höchst zweifelhafte Erdbebensicherheit des AKW Mühleberg

In seiner Aktennotiz vom 24.6.2015 (Aktenzeichen 10KEX.AP13FUKU4 Referenz ENSI-AN-9298) schreibt das ENSI zum AKW Mühleberg: «Der Abfahrfad 1 (herkömmliche Sicherheitssysteme) ist hingegen seismisch nicht robust genug». Das heisst, die ursprünglichen, primären Sicherheitssysteme fallen gemäss ENSI bei einem Erdbeben aus. Nur die sekundären Notfall-Sicherheitssysteme würden weiterlaufen. Laut ENSI ist das AKW Mühleberg also nicht erdbebensicher.

Fragen:

1. Ist diese Situation dem Regierungsrat bewusst?
2. Unterstützt der Regierungsrat die Absicht des ENSI, das AKW Mühleberg trotzdem weiterlaufen zu lassen?
3. Wenn nein, ist der Regierungsrat bereit, beim ENSI eine Erklärung zu verlangen, warum das AKW Mühleberg aufgrund dieses Sachverhalts nicht umgehend abgeschaltet wird?

Anfragen Septembersession 2015**Anfrage 22**

Urheberin/Urheber: **Bauen Antonio, Münsingen (Grüne)** Beantwortet durch: **BVE**
Vanoni Bruno, Zollikofen (Grüne)
Amstutz Pierre, Corgémont (Grüne)

Zweifelhafte Überflutungssicherheit im Sicherheitssystem des AKW Mühleberg

In seiner Aktennotiz vom 24.6.2015 (Aktenzeichen 10KEX.AP13FUKU4 Referenz ENSI-AN-9298) schreibt das ENSI zu Mühleberg: «...identifiziert das KKM das erdbebenbedingte Versagen des Schliessmechanismus... im SUSAN Notstandsgebäude. In diesem Fall kann Wasser durch die vier Lüftungsöffnungen in das SUSAN-Interface eindringen». «...fordert das ENSI, die Überflutungssicherheit des Notstandgebäudes zu verbessern.»

Fragen:

1. Ist diese Situation dem Regierungsrat bewusst?
2. Unterstützt der Regierungsrat die Absicht des ENSI, das AKW Mühleberg trotzdem weiterlaufen zu lassen?
3. Wenn nein, ist der Regierungsrat bereit, beim ENSI eine Erklärung zu verlangen, warum das AKW Mühleberg aufgrund dieses Sachverhalts nicht umgehend abgeschaltet wird?

Anfragen Septembersession 2015**Anfrage 6**Urheberin/Urheber: **Bühler Manfred, Cortébert (SVP)**Beantwortet durch: **STA
(JDR)****Das IDHEAP als Gutachter für die Abstimmung in Moutier?**

Im Zusammenhang mit der geplanten Gemeindeabstimmung in Moutier wurde vereinbart, dass ein neutraler Experte einige Fragen objektiv beantworten solle. Angeblich soll das Hochschulinstitut für öffentliche Verwaltung der Universität Lausanne (IDHEAP) mit dieser Aufgabe betraut werden. Nun sieht es aber so aus, dass der Sohn des Stadtpräsidenten von Moutier und PSA-Präsidenten am IDHEAP studiert hat.

Fragen:

1. Stimmt es, dass Valentin Zuber am Hochschulinstitut für öffentliche Verwaltung (IDHEAP) studiert hat?
2. Wenn ja: Kann dieses Institut die nötige Unparteilichkeit gegenüber der Gemeindeabstimmung, die derzeit vorbereitet wird, garantieren?
3. Ist ein Westschweizer Institut nicht von Natur aus eher dem Kanton Jura zugeneigt?

Anfragen Septembersession 2015**Anfrage 16**Urheberin/Urheber: **Müller Mathias, Orvin (SVP)**Beantwortet durch: **STA
(JDR)****Das Forum für die Zweisprachigkeit attackiert ein zweisprachiges Grossratsmitglied**

Nach der vergangenen Junisession hat Grossrat Maxime Zuber seinen zweisprachigen Ratskollegen Manfred Bühler auf Facebook gegeisselt, weil sich dieser während der parlamentarischen Beratungen ein paar Mal auf Deutsch zu Wort gemeldet hat, und zwar bei Gegenständen, die nicht spezifisch den Berner Jura betrafen. Virginie Borel, die Beauftragte des Forums für die Zweisprachigkeit, tat es ihm gleich und benutzte in Bezug auf Manfred Bühler Wörter wie «pathetisch», «unangemessen» und «deplatzierte politischer Opportunismus».

Fragen:

1. Wie viel Geld erhält das Forum für die Zweisprachigkeit jährlich vom Kanton Bern?
2. Ist es nicht schockierend, wenn die Beauftragte eines vom Kanton finanziell unterstützten Forums ein Grossratsmitglied öffentlich angreift?
3. Hat Manfred Bühler das Recht, seine Voten im Grossen Rat sowohl auf Französisch als auch auf Deutsch abzugeben?

Anfragen Septembersession 2015

Anfrage 11

Urheberin/Urheber: **Geissbühler-Strupler Sabina,
Herrenschwanden (SVP)**

Beantwortet durch: **ERZ**

Kleinkinder werden durch «Standortbestimmungen» bereits stigmatisiert

Eltern beklagen, dass ihre Kinder im Kindergarten durch sogenannte «Standortbestimmungen» bereits stigmatisiert werden.

Fragen:

1. Ist dem Regierungsrat bekannt, dass bis zum 6./7. Altersjahr die Entwicklungsunterschiede in den einzelnen Bereichen sehr gross sind?
2. Wäre es deshalb nicht sinnvoll, in dieser frühen Kindheitszeit auf ein Urteil und Vergleiche betreffend das Verhalten der Kinder abzusehen und damit den Eltern und Kindern den dadurch ausgelösten Stress und die Verunsicherung wegzunehmen?

Anfragen Septembersession 2015

Anfrage 12

Urheberin/Urheber: **Geissbühler-Strupler Sabina,
Herrenschwanden (SVP)**

Beantwortet durch: **ERZ**

Fachhochschule Burgdorf wohin?

Der Grosse Rat hat bestimmt, dass der Fachhochschule Burgdorf einige Departemente zugewiesen werden. Nach meinen Recherchen wurde seither vor allem in Bern in einen Ausbau investiert.

Fragen:

1. Trifft dies zu? Wenn ja:
2. Wie hoch sind die Ausbaukosten seit der Weichenstellung im Grossen Rat?
3. Welche Departemente soll Burgdorf nun bekommen?

Anfragen Septembersession 2015**Anfrage 14**Urheberin/Urheber: **Hirschi Irma, Moutier (PSA)**Beantwortet durch: **ERZ****Mangelnde Zurückhaltung eines Dozenten der Hochschule Arc**

Im November 2013 hat Hubert Droz, Professor an der Hochschule Arc sowie Direktor des «Institut des Microtechniques Industrielles» und Direktor des Instituts «TT-Novatech», auf der Facebook-Seite der Gruppe Sanglier den jurassischen Hauptort Delsberg als «Nürnberg» und den Gründer des Kantons Jura, Béguelin, als «Goebbels» bezeichnet.

Dieser Dozent, der von den BEJUNE-Kantonen angestellt ist, machte auf der besagten Facebook-Seite folgende Aussagen (auf Französisch): «Der Jura bringt vor allem Literaten, Journalisten (was es ihm im Übrigen erlaubt hat, zum Kanton zu werden, indem er über Jahre hinweg die Westschweizer Medien unterwanderte), Juristen, Messdiener, Priester und Gardisten hervor».

Und abschliessend sagte er: «Und genau das ist die Mentalität des besagten jurassischen Volks, d. h. der militanten Separatisten, denn die Bewohner des Juras, die einen gesunden Menschenverstand haben, bezeichnen sich zwar als Jurassier, aber sicher nicht als jurassisches Volk, das aus einer Schenkelgeburt heraus entstanden oder ein von einem notabene katholischen Gott auserwähltes Volk ist. Diese Separatisten widersetzen sich permanent den grundlegenden demokratischen Regeln, sie fordern nur und sind Profiteure. Sie verdienen ihren Lohn im Kanton Bern, scheissen aber gleichzeitig auf diesen Kanton, der oft auch ihr Arbeitgeber ist. Ja, genauso machen es die annexionistischen Separatisten des Berner Juras».

Mit diesem Vorstoss soll auf keinen Fall die Rede- und Meinungsfreiheit eines Bürgers eingeschränkt werden. Es soll aber bestimmt werden, inwiefern diese Freiheiten einen Kantonsangestellten bzw. einen Dozenten befugen, eine ganze Bevölkerungsgruppe zu beleidigen, in deren Dienst er steht.

Fragen:

1. Sind solche Äusserungen seitens eines Dozenten zulässig – notabene eines Dozenten, der mit Studierenden und Auftragsunternehmen zu tun hat, die zu einem guten Teil aus dem Kanton Jura stammen?
2. Werden die ERZ, die strategische Leitung bzw. die Direktion der HS-Arc den Urheber dieser beleidigenden Äusserungen um eine Erklärung bitten?

Anfragen Septembersession 2015**Anfrage 18**Urheberin/Urheber: **Bichsel Daniel, Zollikofen (SVP)**Beantwortet durch: **ERZ****Ombudsstelle für Schulleitungen an Volksschulen – kantonale Angelegenheit?**

In der Ausgabe «Transit 3.15» (Newsletter) vom August 2015 informiert der Vorstand des Verbands der Schulleiterinnen und Schulleiter Bern, dass Erziehungsdirektor Bernhard Pulver ihren Wunsch nach Schaffung einer Ombudsstelle für Schulleiterinnen und Schulleiter aufgenommen hat.

Die Schaffung der Ombudsstelle wird damit begründet, dass angeblich die Aufgaben und Kompetenzen innerhalb der Gemeinden nicht geklärt seien und Schulleitungen der Willkür der Anstellungsbehörde ausgeliefert seien oder von diesen keine Rückendeckung erhalten, wenn sie ihre Führungsverantwortung wahrnehmen würden.

Fragen:

1. Trifft es zu, dass der Erziehungsdirektor die Schaffung einer Ombudsstelle für Schulleiterinnen und Schulleiter an Volksschulen in die Wege geleitet hat oder Bereitschaft signalisiert, dies zu tun?
2. Wenn ja, wie ist der Projektstand und auf welchen rechtlichen Grundlagen fusst dies?
3. Weshalb werden die Schulleiterinnen und Schulleiter nicht auf Eigeninitiative verwiesen (z. B. privatrechtlich organisierte Institutionen wie Berufsverband, Gewerkschaften o. ä)?

Anfragen Septembersession 2015**Anfrage 2**Urheberin/Urheber: **Hirschi Irma, Moutier (PSA)**Beantwortet durch: **JGK****Ist Christoph Neuhaus neuerdings ein Sozialdemokrat?**

In Bezug auf das Gesetz betreffend die Durchführung von Abstimmungen über die Kantonszugehörigkeit bernjurassischer Gemeinden (KBJG) hat SVP-Grossrat Manfred Bühler am 9. Juni in der Sendung «Forum» des Westschweizer Radios Folgendes erklärt: «In der Berner Kantonsregierung, in der jurassischen Regierung und in der Stadt Moutier, wo man ein wenig unter sich ist, sind es die SP-Politiker, die das Gesetz zwar nicht heimlich, aber auf jeden Fall ausserhalb des Parlaments ausgehandelt haben».

Die Roadmap, die zum KBJG-Entwurf geführt hat, wurde tatsächlich im Rahmen von tripartiten Gesprächen erarbeitet. Daran beteiligt waren die jurassische Kantonsregierung, der Gemeinderat von Moutier und die bernische Juradelegation des Regierungsrates, in der unseres Wissens nur ein Sozialdemokrat, und zwar Regierungsrat Philippe Perrenoud als deren Präsident, vertreten ist.

SVP-Regierungsrat Christoph Neuhaus ist ein bedeutendes Mitglied der Juradelegation. Die tripartiten Gespräche, an denen er aktiv teilnahm, fanden zum Teil während seines Amtsjahres als Regierungspräsident statt. Dass diese Tatsache Grossrat Bühler entgangen ist, ist besorgniserregend oder weist aber darauf hin, dass Regierungsrat Neuhaus heimlich einen Parteiwechsel vollzogen hat oder einen solchen vorbereitet, wie man es bereits erlebt hat, als SVP-Regierungsräte zur BDP wechselten.

Fragen:

1. Ist Regierungsrat Christoph Neuhaus nach wie vor Mitglied der SVP, genauso wie Grossrat Manfred Bühler?
2. Weiss der Gesamtregierungsrat, ob Regierungsrat Christoph Neuhaus möglicherweise die Absicht hat, der SP beizutreten?

Anfragen Septembersession 2015**Anfrage 13**

Urheberin/Urheber: **Machado Rebmann Simone,
Bern (GPB-DA)**

Beantwortet durch: **JGK**

Trickst die Stadt Bern HRM2 aus?

Nach Art. 70 des Gemeindegesetzes erlässt der Regierungsrat Vorschriften über den Finanzhaushalt der Gemeinden. Er orientiert sich dabei am Harmonisierten Rechnungslegungsmodell 2 (HRM2). Die Mindestvorschriften in Art. 84 und 85 der Gemeindeverordnung verlangen, dass bei Ertragsüberschüssen, wenn die ordentlichen Abschreibungen kleiner sind als die Nettoinvestitionen, zusätzliche Abschreibungen bis zur Höhe der Nettoinvestitionen vorgenommen werden. Diese zusätzlichen Abschreibungen sind zwingend vorzunehmen, solange keine Selbstfinanzierung von 100 % erreicht worden ist und ein Ertragsüberschuss resultiert (vgl. Vortrag zur Änderung der Gemeindeverordnung, S. 15 und 16).

Per 1. Januar 2014 hat die Stadt Bern als Testgemeinde HRM2 eingeführt. Nach dessen Vorgaben müsste die Stadt Bern infolge ihres geringen Selbstfinanzierungsgrads ihren Ertragsüberschuss 2014 in der Höhe von 30,75 Mio. für zusätzliche Abschreibungen verwenden.

Der Gemeinderat beantragt nun dem Stadtrat zuhanden der Stimmberechtigten mit einem rückwirkend auf den 31. Dezember 2014 in Kraft zu setzenden Reglement «eine sinnvollere Verwendung erzielter Ertragsüberschüsse»¹. Diese sollen in eine Spezialfinanzierung zur Vorfinanzierung von Sportanlagen im Bereich Eis und Wasser überführt werden. Damit werden die neuen Bestimmungen von HRM2, die eine Verschuldung durch zu grosse Investitionen vorbeugen, unterlaufen.

Der Gemeinderat der Stadt Bern unterbreitet das Spezialfinanzierungsreglement, obwohl im Vortrag dazu eingestanden wird, dass die rechtlichen Abklärungen ein überwiegend negatives Ergebnis erbracht haben. Das in dieser Frage massgebende schweizerische Rechnungslegungsgremium für den öffentlichen Sektor (SRS-CSPCP) hält fest, wie im Vortrag zitiert wird, dass unter HRM2 Vorfinanzierungen nicht mehr notwendig und auch aus Sicht von True-und-Fair-View abzulehnen seien. Zudem könnten Vorfinanzierungen anstehende Investitionsentscheide beeinflussen: Kann aus finanztechnischen Gründen nur eine Investition realisiert werden, wird in der Regel diese mit einer Vorfinanzierung ausgewählt, da sie ja bereits «finanziert» ist, auch wenn deren Kosten/Nutzen-Verhältnis schlechter und/oder sie weniger dringend sei als eine andere Investition. Vorfinanzierungen seien zweckgebundene Mittel für besonders bezeichnete Investitionsvorhaben. Sie würden in der Bilanz im Eigenkapital erfasst. Vorfinanzierungen für Aufwendungen der Erfolgsrechnung seien nicht zulässig.

Fragen:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat rechtlich und politisch dieses Vorgehen der Stadt Bern?
2. Wird der Regierungsrat bzw. die zuständige Stelle des Kantons in dieser Angelegenheit intervenieren?

¹ <https://ris.bern.ch/Dokument.ashx?dld=cd9452fbf26344ee875d5bc496f546f0332&dVersion=6&dView=Dokument>